

glieb er ist, gewählt worden sei. Dr. Bartl macht denn auch dem in ihn gesetzten Vertrauen keine Schande. Und über einen zweiten Genüßungs-Genossen, dessen zarte Zungen selbst in dem Bufen eines Redigierhabens der „Volksg.“ menschliches Führen hervorrief, schreibt die „Magdeburger Presse“ aus Quedlinburg, 25. August: Wer ist Memminger? Fast wäre eine Prämie auf Beantwortung der Frage gesetzt worden, als die auf ihren Kopsstock und Ritter stolze Stadt den Namen las, der berufen schien, sich neben diese berühmten Quedlinburger zu stellen. Niemand hatte je etwas von dem „jung, jung Zimmergefell“ Memminger gehört, der nicht bloß mit dem Mandat beehrt ist, eine Stadt, einen Stand, ein Gewerk zu vertreten, sondern der das auch bei den ersten Worten mit solchem Aplomb thut, daß seine Rede in Parenthese mit „Sensation“ ausgezeichnet wird. Und erwägt man, daß diese Rede im Herrenhaufe gesprochen war, daß der Redner durch das Vertrauen des Ministers berufen war, sein Botum als Superarbitrium über eine vom Abgeordnetenhaufe discutirte Frage abzugeben, so war wohl nichts mehr gerechtfertigt, als die Frage: Wer ist Memminger! Doch so Viele man fragte, sie blieben die Antwort schuldig; die Bürger wußten's nicht, auch nicht die Gewerksmeister, auch nicht der Magistrat. Wer sollte es aber denn wissen? Der Herr Oberlehrer Pfan wußte es endlich, der Stimmführer der Reaction in unserer guten Stadt, der Vorsteher der Ortsverbrüderung, die auch hier das Städtchen Junstzepp vertritt, das noch in stillem Winkel gehegt wird. Dem Herrn Landrath Stiefeloff ist es vorbehalten gewesen, den Gesellen aus seinem dunklen Versteck hervorzuheben, indem er vom Oberpräsidenten beauftragt war, ein würdiges Mitglied für die Social-Commission aufzutreiben und sich dieses Auftrages bei dem Oberlehrer Pfan entledigte. Warum gerade bei dem Pfan, warum mit Umgehung der Gewerke und des Magistrats, warum ohne Wahl und Qual? Weil sonst die Welt nicht erfahren hätte, wer Memminger ist, und jetzt weiß sie nicht bloß das, sie weiß auch, wie die Social-Commission zusammengesetzt und entstanden ist, auf deren Berufung der Herr Minister Graf Degenpsly im Abgeordnetenhaufe so großen Werth legte.

*** Wien, 26. August.** [Zur Lage in Oesterreich.] Die Stellung Mensdorff's soll erschüttert sein; er wünscht angeblich selber seine Enthebung vom Amte. Graf Blome wird als Nachfolger bezeichnet. — Das Wort Staatsbankrott taucht wieder in den Zeitungen auf.

*** Köln, 28. August.** [In der heutigen Generalversammlung der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft wurden der Vertrag mit der Staatsregierung, sowie die durch denselben notwendigen Aenderungen des Gesellschaftsstatuts einstimmig genehmigt. Auf ergangene Anfrage erklärte der Regierungskommissar, daß der Vertrag nach Genehmigung durch den König perfect sei.

Die „Nationalzeitung“ hatte in Hinblick auf diese Generalversammlung, als dieselbe erst in Aussicht stand, Folgendes geschrieben: Das preussische Bürgerthum ist liberal; wir sind durch die Wahlen davon überzeugt und zählen auf alle Schichten des Bürgerthums, die Begünstigten voran, welche zu der ersten Wahlklasse wiederholt von ihrer Treue gegen die Verfassung Zeugniß abgelegt haben. Jetzt gilt es, für eine große Anzahl dieser Klasse die Gesinnung in einer kostspieligeren Weise zu bewahren, als durch den Stimmzettel. Der von der Regierung mit der Direction der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft verzeichnete Vertrag erregt vielfache Bedenken in Bezug auf die Verfassung und unser finanzielles Staatsrecht. Die Regierung hat eine Verhandlung am Landtage nicht vorhalten und aus dem Inhalte des entworfenen Vertrages muß man annehmen, daß sie das Recht zu haben glaubt, die Sache auf eigene Hand abzumachen. Glücklicherweise muß nach feststehenden Rechtsregeln die Verwaltung der Eisenbahn-Gesellschaft ihre Volk um seine Meinung befragen. Die Aktionäre werden in den nächsten Tagen zu einer Generalversammlung zusammenzutreten und über die Annahme des Vertrages eine für jene Seite entscheidende Stimme abgeben; sie werden zeigen haben, wie sie die Pflichten eines verfassungstreuen Volkes auffassen, und ob sie den Pflichten nachzuleben verstehen. Es bleibe unerwogen, auf welcher Seite der größere Vortheil des Vertrages liege. Je günstiger die geschäftliche Seite für die Aktionäre, um so glänzender das Zeugniß ihrer Loyalität, wenn sie aus Bedenken des öffentlichen Rechtes den Vortheil ablehnen oder einseitigen zurückweisen. Ob er an keiner dem Urtheil zu entscheiden, wenn er an dem echten Probität sich nicht bewährt. In dem finanziellen Kreise ist man gewiegt genug, um die Wichtigkeit und das innere Wesen des Vertrages zu verstehen; in der Presse, welche die Interesse der Börse und des großen Kapitals vertritt, haben wir keine Stimme

vernommen, welche nicht die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtages zum Vertrage für nothwendig gehalten hätte. So muß man denn annehmen, daß die nicht durch Eigennutz getriebene Meinung der Geschäftswelt ungetheilt ist. Danach ist das Verhalten der Aktionäre diktiert: weder der eigene Nutzen, noch der Nutzen der Staatskasse ist in Betracht zu ziehen, sondern über beiden steht das Gebot der Verfassung, welches in jeder Lebenssphäre zu beobachten ist.

Was sagt jetzt die gute „Nationalzeitung“ zu ihren patriotischen Geldsäcken? — Mehr noch aber, als die Abstimmung, interessiert uns die Erklärung des Regierungskommissars, nach Genehmigung des Vertrags durch den König sei der Vertrag endgültig zu Recht bestehend.

*** Königsberg, 27. August.** [Gegen den Bescheid des königl. Polizei-Präsidiums dahier auf eine Beschwerde des Dr. Falkson wegen Auflösung der am 27. Juli zur Besprechung der Kölner Angelegenheit hieselbst berufenen Versammlung hatte derselbe weitere Beschwerde erhoben. Die R. V. Z. theilt nunmehr den Bescheid der königl. Regierung auf diese weitere Beschwerde des Dr. Falkson, wie folgt, mit:

Auf die Eingabe vom 6. hujus eröffnen wir Em. Wohlgebornen, daß wir den rückfolgenden Bescheid des königl. Polizei-Präsidiums vom 21. hujus für vollkommen begründet erachten müssen, da der von Ihnen für die Erörterung der politischen Versammlung am 27. hujus c. gestellte Antrag eine Billigung des ganzen Verhaltens des sogenannten Kölner Festcomité's, welches notorisch einen Widerstand gegen die Anordnungen der Obrigkeit involvirte, beabsichtigte und damit jener Antrag nach unserer Auffassung den Inhalt des §. 87 des Strafgesetzbuchs nach seinen beiden Richtungen hin ausmachte. Königsberg, den 15. August 1865. Königl. Regierung, Abteilung des Innern. Schrader.

Dr. Joh. Jacoby hat am 26. August dahier seine sechsmonatliche Gefängnißstrafe angetreten. — Gestern hat der Abgeordnete Frenzel die gegen ihn erkannte zweimonatliche Gefängnißstrafe zu Ende verbüßt.

*** Hamburg, 28. August.** [Die Herzogthümer betreffend.] Wie die „Hamburger Nachrichten“ mittheilen, ist der neue Civil- und Militär-Gouverneur von Schleswig, Generalleutnant v. Manteuffel, gestern Nachmittag hier eingetroffen, hat die hiesigen höchsten Behörden besucht und wird heute nach Kiel weiterreisen. Bis zum 15. September wird General v. Manteuffel den Oberbefehl über die preussischen und östreichischen Truppen in beiden Herzogthümern übernehmen.

*** Wiesbaden, 28. August.** [Parlamentarisches.] In der ersten Kammer sind folgende Anträge gestellt worden: auf Wiederherstellung der Verfassung, Freigebung der Presse von den Bundesordonnanzen und Freiheit des Grundeigentums vom Jagdrecht. Auch mit den Legitimationsprüfungen der erblichen Mitglieder und ihrer Stellvertreter nimmt man es nicht mehr so leicht. — Die Hoffnung auf „Verjöhnung“ ist wieder einmal glücklich geschwunden. Wie vieler Enttäuschungen wird es noch bedürfen, bis die Herren Liberalen solche einfältigen Hoffnungen überhaupt nirgends mehr fassen? Wann wird man einmal einsehen, daß ein Militär- oder Polizeistaat niemals in Wirklichkeit liberal sein, sondern höchstens eine zeitweilige liberale Komödie aufzuführen kann?

*** Burg, 28. August.** [Zum Coalitionsprozeß] bestätigt es sich, daß die Staatsanwaltschaft gegen die beiden freisprechenden Urtheile Berufung eingelegt. Wir hatten hiervon bis jetzt nichts gemeldet, weil wir es kaum für möglich gehalten hatten.

Ausland.

H. Paris, 27. Aug. [Der Congreß der „internationalen Arbeiter-Association“ vertagt. Arbeitseinstellungen und Getreidepreise.] Die hiesigen und die englischen Arbeiter haben schließlich eingesehen, wie gefährlich für die sich daran Betheiligenden die Bescheidung eines internationalen Arbeiter-Congresses wäre, den einige weit vom Schusse stehende Demagogen organisirten wollten, um sich wieder ein Relief zu geben, das ihnen längst abhanden gekommen. Aus glei-

chem Grunde, wie der Allgemeine deutsche Arbeiter-Berein, der durch seine Personalkenntnisse in der Lage war, die Motive der „internationalen Arbeiter-Association“ früher zu durchschauen, wollen auch die hiesigen Arbeiter sich nicht dazu hergeben, den radicalen Bourgeois die Kastanien aus dem Feuer zu holen und einigen ehrgeizigen Intriguanen zu Liebe Vereinspielerei zu treiben. Es ist daher beschlossen worden, daß der „Arbeiter-Congreß“, der dieses Jahr bekanntlich in Brüssel abgehalten werden sollte, zu vertagen sei. Das Central-Comité in London, in welchem auch ehrliche, aber von den ehrgeizigen Intriguanen beeinflusste Arbeiterfreunde sich befinden, giebt als Grund der Vertagung an: 1) das Central-Comité habe die Nothwendigkeit eingesehen, dem Congreß „Conferenzen“ der verschiedenen nationalen Comités vorhergehen zu lassen, um sich über die zu ergreifenden Maßregeln zu verständigen und das Programm (!) eines Congresses festzustellen; 2) die englische Agitation für die Wahlreform, die Wahlagitation selbst und die französischen Gröves hätten das „Reisen“ der Association verzögert; 3) so lange das neulich in Belgien erlassene Fremdengesetz nicht wieder aufgehoben sei, glaube man von der Zusammenkunft eines Congresses in diesem Lande Abstand nehmen zu müssen. Der letztgenannte Grund läßt leicht die wahre Ursache der „Vertagung“ durchblicken. Man durfte sich natürlich kein offenes Dementi geben und die Gefährlichkeit des Projectes ehrlich eingestehen. Es versteht sich aber von selbst, daß man über dasselbe, wenigstens von Seiten der Arbeiter, zur Tagesordnung übergeht und es den nationalen Comités überläßt zu „conferiren“ und die internationale Association zur „Reise“ zu bringen. — Was die hiesigen Arbeitseinstellungen betrifft, so haben die Steindruckere, die übrigens zum Theil noch feiern, schon in vielen lithographischen Etablissements, namentlich in solchen, die sich nicht bloß mit der Herausgabe von Kunstgegenständen, sondern auch von Schriftstücken für Handel und Industrie befassen, — also bei Weitem die große Mehrzahl derselben, — bereits die verlangte Lohnhöhung von den Patrons bewilligt bekommen; und man zweifelt nicht daran, daß auch die Andern nachfolgen werden. Alle die schönen Rathschläge der officiösen, so wie der Bourgeois-Presse prallen ab an der Nothwendigkeit, in welcher sich die Arbeiter befinden, ihren Lohn wenigstens auf das Niveau zu erheben, das von ihrer Existenz bedingt wird. Mit Ausnahme des Brodes sind alle Lebensbedürfnisse, namentlich auch die Miethe der Wohnungen, im Preise so gestiegen, daß ihre Beschaffung der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr möglich war. Jetzt kommt noch hinzu, daß auch die Brodpreise steigen werden. Die Getreidernte hat dieses Jahr in Frankreich und in ganz Europa weniger als in den mittleren Jahren ergeben. Auch die Qualität ist wegen der zur Erntezeit stattgehabten feuchten Witterung eine untergeordnete. Diejenigen Provinzen, welche, wie die Normandie und die Bretagne, eine passable Ernte hatten, werden viel Getreide nach England exportiren. Bei den großen Borräthen, die noch aus früheren Jahren vorhanden sind, ist zwar keine ungewöhnliche Preiserhöhung zu erwarten, aber da in fast ganz Europa keine so billige oder wenigstens keine billigeren Getreidepreise, als in Frankreich existiren, so wird der Freihandel dieses Jahr dem französischen Getreide zu Gute kommen. Was aber der Producent und der Getreidehändler eine „Besserung“ des Preises nennt, ist für den consumirenden Arbeiter nichts weniger, als eine Besserung seiner Lage. Der Arbeiter ist gezwungen, sich für den Winter vorzusehen, damit sein Lohn ihm wenigstens die unentbehrlichsten Lebensmittel verschaffen kann. Unter ähnlichen Umständen sind von jeder die Löhne in die Höhe gegangen. Der einzige Unterschied ist, daß sonst die Lohnhöhung eine Folge des Glendes und der Sterblichkeit unter der arbeitenden Classe war, während die Arbeiter jetzt Bewußtsein und Voraus-sicht genug haben, diesem Glende durch die verlangte Lohnhöhung zuvor zu kommen.

*** Paris, 27. Aug.** [Tagesbericht. Die Presse über Gastein.] Der Kaiser hat in Fontainebleau heute Abd-el-Kader eine Abschieds-Audienz ertheilt. Der Emir geht über Amboise